

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 079-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.309

Eingereicht am: 17.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hügli (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Mehr Demokratie dank Einbürgerung

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonalen Gebühren im Bereich Bürgerrecht (Einbürgerung) für jede Kategorie zu halbieren.

Begründung:

Entscheide, die bei Volksabstimmungen gefällt werden, treffen nicht nur die Schweizer Bürgerinnen und Bürger, sondern die ganze Bevölkerung, die in der Schweiz und im Kanton Bern lebt und arbeitet. Auch die Entscheide von Parlamentarierinnen und Parlamentariern haben Folgen, nicht nur für jene, die sie gewählt haben, sondern auch für jene, die nicht zur Wahl berechtigt waren.

Auch in anderen Gesellschaftsbereichen gibt es Unterschiede – oder werden diese gefordert – bei Behandlung und Rechten von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern und Personen ohne Schweizer Bürgerrecht.

Eine Möglichkeit, um dieser Diskrepanz entgegenzuwirken, ist die Einbürgerung von Personen, die das Schweizer Bürgerrecht noch nicht hatten. Nebst den zahlreichen Bedingungen, die zur Einbürgerung erfüllt werden müssen, spielt auch die zu bezahlende Gebühr eine Rolle. Diese

Gebühr soll keine unnötige Hürde sein auf dem Weg zur Einbürgerung und soll deshalb gesenkt werden im Kompetenzbereich des Kantons Bern.

Damit unsere Demokratie möglichst viele in der Bevölkerung einschliesst!

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat